

Fragwürdiges Geschäft auf Kosten der Gesundheit

Studie deckt auf: Bayer und BASF vertreiben in Südafrika und Brasilien Pestizide, die in der EU nicht genehmigt sind

[Aachen/Berlin/Johannesburg, 23. April 2020] – Die deutschen Konzerne Bayer und BASF sind mitverantwortlich für Pestizidvergiftungen bei Landarbeiter*innen in Südafrika und indigenen Gruppen in Brasilien. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung, MISEREOR und INKOTA anlässlich der Bayer-Hauptversammlung veröffentlichen. Die Organisationen fordern das Bundeslandwirtschaftsministerium auf, seine rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und den Export von in der EU nicht genehmigten Pestizidwirkstoffen zu verbieten.

„Es ist ein großes Versäumnis mit fatalen Folgen, dass das Landwirtschaftsministerium die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten bislang nicht ausnutzt“, kritisiert Lena Luig von der Entwicklungsorganisation INKOTA. „Die Bundesregierung muss Frankreichs Beispiel folgen und dem Export von in der EU nicht genehmigten Pestizidwirkstoffen einen Riegel vorschieben.“ Laut Pflanzenschutzmittelgesetz hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Möglichkeit, den Export von Wirkstoffen in Drittländer zu verbieten.

Die Studie legt dar, dass Bayer und BASF mit dem Export hochgiftiger Pestizide wie Carbendazim, Chlorfenapyr und Saflufenacil ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten massiv verletzen.

Fallbeispiele aus Südafrika und Brasilien zeigen verheerende Auswirkungen

Die Recherchen der Autor*innen zeigen, dass Bayer in Südafrika mindestens sieben und BASF mindestens vier Wirkstoffe vertreiben, die in der EU nicht genehmigt sind. In Brasilien vertreiben die beiden Agrarchemiekonzerne jeweils mindestens zwölf in der EU nicht genehmigte Wirkstoffe. Sieben der in beiden Ländern vermarkteten Wirkstoffe wurden in der EU aufgrund von ökologischen und gesundheitlichen Gefahren explizit verboten.

„Auf südafrikanischen Zitrusfarmen haben wir verschiedene BASF-Produkte gefunden, die in den EU-Mitgliedsstaaten nicht zugelassen sind. Auf denselben Farmen führen Vergiftungen beim Sprühen dazu, dass Arbeiter*innen im Krankenhaus behandelt werden müssen“, sagt Jan Urhahn, Agrarexperte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. „Bayer und BASF wissen, dass die sichere Anwendung von hochgiftigen Pestiziden in Südafrika ein Mythos ist. Zum Beispiel fehlt die notwendige Schutzausrüstung. Mit ihren Geschäftspraktiken nehmen sie die Gefährdung von Menschen billigend in Kauf.“

„In Brasilien werden Dörfer durch Sprüheinsätze aus Flugzeugen von Giftwolken durchzogen. Menschen erleiden akute Vergiftungen und Pestizide belasten die angebauten Lebensmittel und das Trinkwasser“, berichtet Sarah Schneider, Welternährungsexpertin bei MISEREOR. Im Fall einer indigenen Gemeinde sei bestätigt, dass die Bewohner*innen mit einem Bayer-Produkt besprüht wurden. „Es ist unverantwortlich, dass Bayer gefährliche, teils in der EU nicht genehmigte Pestizidwirkstoffe dort vermarktet und die Gesundheit vieler Menschen gefährdet. Die Bundesregierung muss das Geschäft mit Doppelstandards beenden und Menschenrechte vor Unternehmensinteressen stellen.“

Schätzungen von ILO und WHO zufolge sterben weltweit jedes Jahr zwischen 20.000 und 40.000 Menschen am Arbeitsplatz durch Pestizidvergiftungen, circa drei Millionen Menschen werden wegen einer akuten Pestizidvergiftung behandelt, 25 Millionen erleiden weniger akute Vergiftungen. Der Großteil der Todesfälle ereignet sich in Ländern des globalen Südens.

Hier können Sie die Studie herunterladen:

[„Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards“](#)

Die Autor*innen der Studie stehen gerne für Interviews zur Verfügung.

Ansprechpartner*innen:

Lena Luig, Referentin für globale Landwirtschaft und Welternährung, INKOTA-netzwerk,
Mobil: 01577 15 48 06 3, E-Mail: luig@inkota.de

Jan Urhahn, Programmleiter Ernährungssouveränität, Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Mobil: 0176 87 92 03 18, Whatsapp: +27 (0) 79 63 89 97 6, E-Mail: jan.urhahn@rosalux.org

Sarah Schneider, Referentin für Landwirtschaft und Welternährung, MISEREOR, Telefon: 0241 44 21 64, Mobil: 0160 58 01 10 8, E-Mail: sarah.schneider@misereor.de

Das [INKOTA-netzwerk](#) ist eine entwicklungspolitische Organisation, die mit politischen Kampagnen und in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen im globalen Süden Hunger und Armut bekämpft und für eine gerechte Globalisierung eintritt. INKOTA stärkt Menschen im globalen Süden, damit sie sich selbstbestimmt von Hunger und Armut befreien können. Mehr unter www.inkota.de.